



## Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

### **Digitalisierung und Liberalisierung in der Verwaltung – Gründungen radikal vereinfachen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird angehalten, die Verwaltung und Rechtsprechung weitreichend zu digitalisieren und zu vereinfachen. Die Regierung wird mithin aufgefordert, konkrete Maßnahmen zu ergreifen und einen Aktionsplan vorzulegen, wie Gründungen schneller erfolgen können.

Konkret wird die Staatsregierung aufgefordert, sich gänzlich für elektronische Firmenanmeldungen einzusetzen. Ferner sollen bürokratische Hürden in folgenden Bereichen identifiziert und gründerfreundlich modifiziert werden: beim Fragebogen zur steuerlichen Erfassung, bei der Eintragung im Handelsregister, der (vorläufigen) Namensprüfung und -findung und bei notariellen Beurkundungen.

#### **Begründung:**

Die Gründung und Eintragung von Firmen sind ein langwieriges und bürokratisches Verfahren. Im Vergleich zu anderen, international wettbewerbsfähigen Standorten (etwa dem US-amerikanischen Delaware) ist der Standort Bayern für Gründer nach wie vor ein Nachteil. Vielversprechende Start-ups wandern möglicherweise ab, um keine Zeit im überbürokratisierten und in Bayern noch nicht komplett digital ermöglichten Gründungsprozess zu verlieren. Noch hat Bayern die Chance, hier mit konkreten Maßnahmen weltweit aufzuholen und deutschlandweit voranzugehen.

Der Koalitionsvertrag verspricht einen Bürokratieabbau bei Gründungen. Die Regierung hat in diesem Zuge geplant, dass ab Ende 2020 für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen flächendeckende Online-Services für die wichtigsten Anwendungen bereitgestellt werden sollen. „Bis 2023 soll Bayern die deutschlandweite Führungsrolle bei der Bereitstellung elektronischer Behördendienste einnehmen.“ (<https://www.bayern.de/politik/digitales/>).

Dass Kfz-Zulassungen oder Wohnungsummeldungen nun mit Hilfe digitaler Online-Services für die Bürger erleichtert werden sollen, ist überfällig und grundsätzlich zu begrüßen. Um Bayern in die digitale Zukunft zu bringen, wird das aufgrund des enormen Aufholbedarfs im Vergleich zu Staaten wie den USA oder Israel aber bei Weitem nicht reichen. Der weitaus höhere und langwierigere Schaden für die Volkswirtschaft entsteht vielmehr dadurch, dass Gründer aufgrund von bürokratischen Hürden wochenlang warten müssen, bis eine Firmengründung abgeschlossen ist.

Im Koalitionsvertrag hat die Staatsregierung eine digitale Vereinfachung der Verwaltung zu Gunsten von Gründern beschlossen. Ein Unternehmen zu gründen sollte idealerweise nur noch einen Tag dauern. Wie dies genau bewerkstelligt werden soll, bleibt bis dato unklar. Zudem soll es sieben weitere digitale Gründerzentren geben – eines pro Regierungsbezirk und mit einem Gründerhub, der die Zentren koordinieren soll.

Gesetze (insbesondere Liberalisierungen) können Märkte schaffen. Damit es auch für Bayern in dieser Legislaturperiode nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt, fordern wir mehr Konsequenz in der Digitalisierung von Firmengründungen und konkrete, schnell greifende Maßnahmen statt fortgesetzter Symbolpolitik.